



Nr. 276 | 15.12.2022

Ukraine-Analysen

- Wirtschaft unter Kriegsbedingungen
- Friedensverhandlungen

■ ANALYSE	
Acht Monate Kriegswirtschaft: Die Fiskalpolitik ist entscheidend Von Garry Poluschkin und Robert Kirchner (beide German Economic Team, Berlin)	2
■ KOMMENTAR	
Verhandlungslösung? Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	7
■ KOMMENTAR	
Keine Verhandlungen um jeden Preis Von Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	8
■ KOMMENTAR	
Warum der Krieg nicht zu einem weiteren eingefrorenen Konflikt werden darf Von Mats Marcusson und Olena Stavrunova (University of Technology, Sydney)	10
■ UMFRAGEN	
Einstellung der Bevölkerung zu Frieden und Verhandlungen	11
■ DOKUMENTATION	
Das Telefongespräch von Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin am 02. Dezember 2022	16
Pressemitteilung des Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj vom 05. Dezember 2022	17
■ CHRONIK	
13. – 25. September 2022	19

Acht Monate Kriegswirtschaft: Die Fiskalpolitik ist entscheidend

Von Garry Poluschkin und Robert Kirchner (beide German Economic Team, Berlin)

DOI: 10.31205/UA.276.01

Zusammenfassung

Russlands Angriffskrieg hat schwerwiegende Folgen für die ukrainische Wirtschaft, die voraussichtlich um 32 Prozent dieses Jahr zurückgehen wird. Die Fiskallage ist dabei entscheidend für die Kriegswirtschaft, um die massiv gestiegenen Militärausgaben zu finanzieren. Dabei sind schnelle und regelmäßige Auszahlungen der internationalen Finanzhilfen essenziell, die darüber hinaus besser koordiniert werden sollten.

Einleitung

Die vom Krieg arg gebeutelte ukrainische Wirtschaft scheint im Sommer 2022 ihren Tiefpunkt erreicht zu haben, für das gesamte Jahr prognostiziert das German Economic Team (GET) einen Rückgang des realen BIP von 32 Prozent zum Vorjahr. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaft nach offizieller Prognose um 4,6 Prozent zum Vorjahr wachsen, doch die Unsicherheit bleibt weiterhin groß, da Russlands Angriffskrieg weiter andauert. Die öffentlichen Finanzen sind dabei entscheidend für die ukrainische Kriegswirtschaft. Während die Einnahmen 2022 aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage zurückgingen, stiegen die Ausgaben mit einem veränderten strukturellen Fokus auf das Militär, das 46 Prozent der Gesamtausgaben ausmacht (vor der Invasion lag der Anteil unter 10 Prozent). Diese Entwicklung führte zu einem massiven Finanzierungsbedarf, die Ukraine hat jedoch keinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt, mit dem traditionell ein wesentlicher Teil des Defizits finanziert wurde. Der gesamte Finanzbedarf wird für dieses Jahr zwischen 51 und 63 Mrd. US-Dollar (USD) geschätzt. Wenn die direkte monetäre Finanzierung durch die Nationalbank der Ukraine (NBU) eingeschränkt werden soll, um die makrofinanzielle Stabilität zu gewährleisten, muss diese Unterstützung durch die internationalen Partner kommen. Diese haben bisher 37 Mrd. US-Dollar zugesagt, jedoch erst weniger als 2/3 ausgezahlt (Finanzministerium der Ukraine) und mehrheitlich in Form von Darlehen, statt Zuschüssen, was in Zukunft weitere Herausforderungen für die Schuldenfähigkeit mit sich bringen wird. Um den Bedarf zu decken, sollten die zugesagten Mittel so schnell wie möglich ausgezahlt werden. Auch der Staatshaushalt 2023 wird vom Krieg und seinen Implikationen geprägt sein, wobei im Vergleich zu 2022 eine leichte wirtschaftliche Erholung erwartet wird.

Russlands Krieg verursacht schwerwiegende wirtschaftliche Folgen

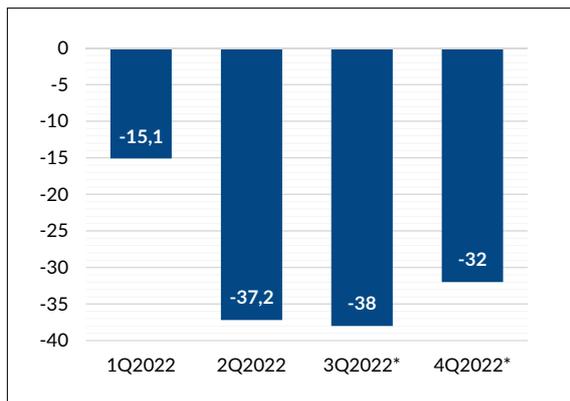
Russlands anhaltende Invasion der Ukraine kostete bisher Tausende von Menschenleben, zwang 7 Mio. Men-

schen zur Flucht ins Ausland und weitere 7 Mio. gelten als Binnenflüchtlinge – ein großer Schock für den privaten Verbrauch und das Arbeitskräfteangebot der Ukraine. Trotz der jüngsten Rückeroberungen im Osten und Süden sind weiterhin etwa 15 Prozent der Landesfläche von Russland besetzt. Die Zerstörung der Infrastruktur von Unternehmen, Transport und Wohngebäude wird bereits Ende September mit über 127 Mrd. US-Dollar beziffert, was sich auf den Kapitalstock und die Arbeitskräftenachfrage negativ auswirkt und verhindert, dass Geflüchtete in ihren Wohn- und Arbeitsalltag zurückkehren können. Die jüngsten Angriffe auf die Energieinfrastruktur sind in dieser Summe noch nicht einberechnet worden. Insgesamt führte das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt zu einer Arbeitslosenquote von 34 Prozent im 3. Quartal 2022. Ebenso ist der Außenhandel stark betroffen. Russlands Blockade der ukrainischen Seehäfen hat nach acht Monaten zu einem Rückgang der Exporte um 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahr geführt, da 62 Prozent der Güterexporte (wertmäßig) 2021 über den Seeweg transportiert wurden. Zwar wurde die »Istanbul Vereinbarung« zwischen der Ukraine, der UN, Türkei und Russland für den Seetransport von Exporten landwirtschaftlicher Produkte erzielt, diese gilt allerdings nicht für Exporte anderer Waren (u. a. Metalle, Mineralien) sowie nicht für besetzte Seehäfen (z. B. Mariupol), und wird von Russland aktuell in Frage gestellt. Wie es weitergeht, ist unklar. Die Importe sind hingegen nur um 17 Prozent gesunken: Weniger stark aufgrund von Steuer- und Abgabensenkungen, die im ersten Halbjahr galten, und eines günstigen Wechselkurses sowie der geringeren Abhängigkeit der Importe vom Seeweg. Infolgedessen stieg das Handelsbilanzdefizit der Ukraine nach acht Monaten um 166 Prozent (!) gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Diese Entwicklungen wirken sich stark auf das BIP aus, das nach ersten Schätzungen für neun Monate um etwa 30 Prozent zum Vorjahr (Vj.) fiel. Für das gesamte Jahr 2022 prognostizieren wir einen BIP-Rückgang von 32 Prozent zum Vj., ein nominales BIP von 4.433 Mrd.

UAH (-19 Prozent zum Vj.) bzw. 137 Mrd. US-Dollar (-32 Prozent zum Vj.). Die Angriffe auf die Energieinfrastruktur können die Prognose jedoch weiter verschlechtern.

Grafik 1: Quartalsdaten des Bruttoinlandsproduktes 2022 (% zum Vorjahr)



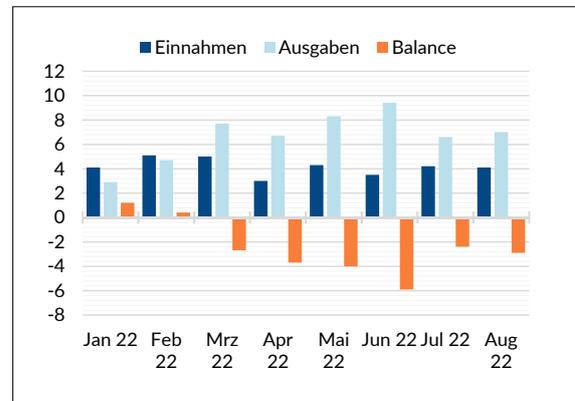
Quellen: Ukrstat, GET/IER, *GET/IER Prognose

Auch die Prognosen anderer Institutionen gehen momentan von Rückgängen zwischen 30 Prozent und 35 Prozent für das gesamte Jahr 2022 aus. Was die Entwicklung 2023 betrifft, so hängt diese vor allem von der künftigen Intensität und Dauer des Krieges ab. Das ukrainische Wirtschaftsministerium prognostiziert 2023 ein reales Wachstum von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr als Basisszenario, betont aber die große Unsicherheit. Ein solch geringes reales Wirtschaftswachstum würde das BIP der Ukraine etwa 21 Prozent unter das Niveau von 2015 bringen. Auch die NBU und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) prognostizieren reale Wachstumsraten im einstelligen Bereich. Die geplante Mindestlohnerhöhung auf 6.700 Hrywnja (UAH, umgerechnet ca. 160 US-Dollar) verdeutlicht die schwierigen sozialen Herausforderungen, denn diese Erhöhung liegt zwar 12 Prozent nominal über, jedoch 30 Prozent real unter (in UAH) dem Wert von 2021.

Für die Kriegswirtschaft ist die Fiskalpolitik entscheidend

Mit Beginn des Krieges war die Ukraine gezwungen, ihre Militärausgaben massiv zu erhöhen. Sie machten im August 2022 mit 46 Prozent (!) fast die Hälfte der öffentlichen Ausgaben aus, verglichen mit 7 Prozent ein Jahr zuvor. Gleichzeitig gingen die öffentlichen Einnahmen in den ersten acht Monaten dieses Jahres nominal um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Diese Entwicklung führt zu einem hohen Haushaltsdefizit, das für das gesamte Jahr 2022 bei voraussichtlich 25,6 Prozent des BIP liegen wird. Hierbei sind internationale Finanzhilfen in Form von Zuschüssen nicht berücksichtigt.

Grafik 2: Entwicklung der öffentlichen Finanzen (Mrd. USD)



	Einnahmen	Ausgaben	Balance
Jan. 2022	4,1	2,9	1,2
Feb. 2022	5,1	4,7	0,4
März 2022	5,0	7,7	-2,7
April 2022	3,0	6,7	-3,7
Mai 2022	4,3	8,3	-4,0
Juni 2022	3,5	9,4	-5,9
Juli 2022	4,2	6,6	-2,4
Aug. 2022	4,1	7,0	-2,9

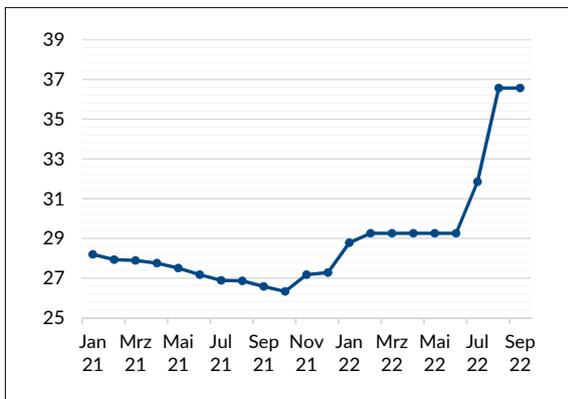
Quelle: NBU, ohne Berücksichtigung von Finanzhilfen in Form von Zuschüssen

Militärausgaben auf diesem Niveau und gleichzeitig ein Minimum an sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, ist für die weitere Dauer des Krieges von entscheidender Bedeutung. In den ersten acht Kriegsmonaten wurde die Defizitfinanzierung sowohl durch die NBU durch Käufe von Staatsanleihen (monetäre Finanzierung) in Höhe von mehr als 10,5 Mrd. US-Dollar als auch durch internationale Finanzhilfen gewährleistet, da die Ukraine keinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt hat. Diese Politik ist jedoch nicht nachhaltig, denn sie erhöht den Druck auf Inflation und den Wechselkurs und untergräbt dabei die makrofinanzielle Stabilität. Aus diesem Grund strebt die Ukraine 2023 eine Verringerung des Haushaltsdefizits auf 20 Prozent des BIPs (etwa 2,5 Mrd. US-Dollar monatlich) und eine geringere Abhängigkeit von inländischer Kreditaufnahme an. Denn auch nächstes Jahr plant die Ukraine mit Staatseinnahmen, die unter dem Wert von 2021 liegen, während die Ausgabeplanungen weiterhin einen sehr deutlichen Fokus auf das Militär (34 Prozent der Ausgaben, 14 Prozent des BIP) haben sollen. Damit bleibt auch der Staatshaushalt 2023 maßgeblich vom Krieg und dessen Implikationen beeinflusst.

Die monetäre Finanzierung des Staatshaushaltes seit Beginn des russischen Angriffskrieges und die Kriegsauswirkungen auf nationale und internationale Lieferketten haben die Inflation zwischen März und Juni 2022

auf ca. 3 Prozent monatlich ansteigen lassen, sie stabilisierte sich jedoch und erreichte im September 24,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dennoch wird für das Jahresende eine Inflation von über 30 Prozent erwartet und soll auch noch im nächsten Jahr bei mehr als 20 Prozent liegen. Da ein Inflationsziel nicht mehr als nominaler Anker für die Wirtschaft angesehen werden kann und Marktmechanismen in der Geldpolitik aktuell nicht funktionieren, hat die NBU direkt am 24. Februar einen festen Wechselkurs eingeführt und sich von der Inflationssteuerung vorerst verabschiedet. Um den Kurs aufrechtzuerhalten, wurden verschiedene Maßnahmen eingesetzt: Zum einen wurden strenge Kapitalkontrollen, u. a. für Transaktionen in Fremdwährungen und Bargeldabhebungen im Ausland eingeführt. Des Weiteren führte die NBU umfangreiche Interventionen am Devisenmarkt durch Nettoverkäufe in Höhe von 13,8 Mrd. US-Dollar (=51 Prozent der internationalen Reserven im März) zwischen März und August durch. Auch wurde der Leitzins von 10 Prozent p.a. im Juni auf 25 Prozent p.a. angehoben. Dennoch zwang der ständige Druck auf den Wechselkurs die NBU schließlich im Juli zu einer Abwertung auf 36,57 UAH/USD.

Grafik 3: Offizieller Wechselkurs (UAH/USD)



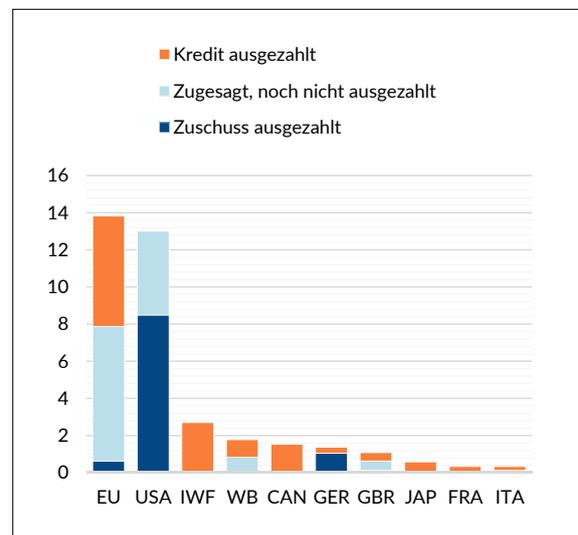
Quelle: NBU, Monatsdurchschnitt; siehe auch Tabelle 1 auf S. 6

Dieser Schritt wirkt sich tendenziell positiv auf die Exportaussichten aus und verteuert gleichzeitig die Importe. Dennoch führten ein hohes Handelsdefizit, signifikante Bargeldabhebungen und Konsum von Ukrainern im Ausland und verspätete Finanzhilfen internationaler Partner zu einem hohen Zahlungsbilanzdefizit in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Der Wechselkurs auf dem »Cash Market« liegt Ende Oktober bei etwa 39–40 UAH/USD, was eine weitere Anpassung in den kommenden Monaten erforderlich machen könnte. Aus diesem Grund rechnet das Ministerkabinet in seinem Haushaltsentwurf 2023 mit einem offiziellen Wechselkurs von 42 UAH/USD im Jahresdurchschnitt, der eine Abwertung um 15 Prozent gegenüber dem heutigen offiziellen festen Wechselkurs bedeuten würde.

Mehr und schnellere Finanzhilfe sind essenziell

Die Fiskallage und die Entwicklung der Zahlungsbilanz zeigen die wesentliche Bedeutung der internationalen Finanzhilfen. Falls die Finanzhilfen nicht zügig und regelmäßig ausgezahlt werden, ist die Ukraine gezwungen ihre monatlichen Ausgaben entsprechend anzupassen, so wie z. B. im Juli. Partnerländer und -organisationen haben Unterstützung in Höhe von 37 Mrd. US-Dollar zugesagt, aber bis Ende Oktober nur 65 Prozent ausgezahlt. Insbesondere ist ein großer Anteil der zugesagten EU-Hilfen noch nicht ausgezahlt worden.

Grafik 4: Top-10 Geber der Finanzhilfen (in Mrd. USD)



Quelle: ukrainisches Finanzministerium, vom 26.10.2022; siehe auch Tabelle 2 auf S. 6

Wir schätzen in einem vor kurzem veröffentlichten Papier, dass die gesamte Fiskallücke für das gesamte Jahr 2022 bei 63 Mrd. US-Dollar (46 Prozent des BIP) liegt, falls in einem ersten Szenario die Ausgaben dem Haushaltsplan 2022 folgen. In einem zweiten Szenario schätzen wir eine Lücke von 51 Mrd. US-Dollar (37 Prozent des BIP), falls bestimmte Ausgaben gekürzt werden. Durch die bisherige monetäre Haushaltsfinanzierung von über 10 Mrd. US-Dollar, weitere inländische Anleihekäufe in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar und die Auszahlung der gesamten angekündigten Finanzhilfen dieses Jahr kann der Finanzbedarf jedoch gedeckt werden, wenn die o. g. Kürzungen vorgenommen werden. Ohne die Ausgabenkürzungen würden weitere Finanzhilfen von etwa 12 Mrd. US-Dollar dieses Jahr notwendig sein.

Die Schuldentrückzahlungen sind dabei berücksichtigt. Vor kurzem wurde mit internationalen Investoren und Mitgliedern des Paris Club (ein informelles Gremium, das zwischen Ländern mit Zahlungsschwierigkeiten und ihren Gläubigern vermittelt, Anm. d. Red.) vereinbart, Zinszahlungen und Schuldentrückzahlun-

gen auf 2024 zu verschieben. Diese Vereinbarung deckt jedoch mit 6 Mrd. US-Dollar nur etwas mehr als einen Monat des monatlichen Finanzbedarfs 2022 ab, enthält nicht die Schuldentrückzahlungen an den IWF und an weitere internationale Finanzinstitutionen, die etwa 1,6 Mrd. in 2022 und 3,7 Mrd. in 2023 ausmachen und löst auch mittelfristig nicht die Probleme der Schulden-tragfähigkeit. Geplant ist im Haushaltsentwurf für 2023 eine Schuldenquote von 100 Prozent des BIP. Aus diesem Grund sind Finanzhilfen internationaler Partner in Form von Zuschüssen gegenüber Krediten auch nächstes Jahr zu bevorzugen.

Der Bankensektor bleibt bisher stabil

Der Bankensektor arbeitet derweil stabil. 67 Banken setzen ihre Arbeit, vier weniger als vor Kriegsbeginn – zwei russische Banken wurden im Februar geschlossen. Die Nettoaktiva des Sektors sind dabei im ersten Halbjahr um 6,5 Prozent zum Vj. gestiegen. Die Sichteinlagen in Hrywnja und Fremdwährung (FX) sind gestiegen, während Termineinlagen in Hrywnja und FX im August um weniger als 10 Prozent zum Vj. fielen. Entscheidend ist aber, dass keine Bank-Runs zu beobachten sind. Auch das Wachstum der Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte in Inlandswährung ist positiv. Die Eigenkapitalrendite im Sektor ist seit Juli wieder im positiven Bereich, nachdem sie zwischen März und Juni negativ war.

Die relativ stabile Entwicklung des Bankensektors trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage kann mit den folgenden Aspekten begründet werden:

1. Wichtige Anti-Krisen Sofortmaßnahmen

Mit Beginn der Invasion führte die NBU rasch neue Regeln unter Kriegsrecht für das Bankensystem und den Devisenmarkt ein. Dazu gehören die Umstellung auf einen festen Wechselkurs, vorübergehende Beschränkungen auf Bargeldabhebungen und auch Kapitalverkehrskontrollen. Diese sind nach wie vor erforderlich, weil massive Exportrückgänge die Devisenzuflüsse einschränken. Die NBU hat alle ihre Maßnahmen auf transparente Weise bekannt gegeben, was zur Stabilität des Sektors beiträgt.

2. Digitalisierung und Erfahrung aus COVID

Vor Beginn der Invasion hat sich durch den dynamischen IT-Sektor die Nachfrage nach kontaktlosen Karten- und NFC-Zahlungen beschleunigt. Die NFC-Technologie über Apple Pay wurde 2021 beispielsweise von 62 Prozent der Banken angeboten, etwa so viele wie in Tschechien (65 Prozent), und sowohl kontaktlose Karten- als auch NFC-Zahlungen übertrafen 2021 andere Formen der Kartenzahlungen. Diese Dynamik wurde durch die COVID-Pandemie noch weiter beschleunigt. Dies hat zur Folge, dass Ukrainer:innen, die nun gezwungen

sind, ihre Heimatstadt und/oder das Land zu verlassen, weiterhin Bankzahlungen und -kommunikation digital fortsetzen können.

3. Die Früchte früherer Reformen

Die 2014 begonnenen Reformen im Sektor halbierten die Anzahl der Banken gegenüber Januar 2015. Damit war der ukrainische Bankensektor zwar recht klein, jedoch gut kapitalisiert.

Die Eigenkapitalquote wurde massiv erhöht und lag im März 2021 bei 23 Prozent (21 Prozent in Polen). Der starke Abbau der (immer noch hohen) notleidenden Kredite und der verstärkte Wettbewerb durch private Banken waren weitere Ergebnisse der Reformbemühungen. Ein rückläufiger Anteil der Deviseneinlagen eröffnete die Möglichkeit auf plötzliche Devisenabflüsse reagieren zu können. Schließlich wurden Aufsichtsgremien und kollegiale Entscheidungsprozesse in staatlichen Banken gestärkt. Alles in allem wurde die NBU als vertrauenswürdige unabhängige Regulierungsinstanz wahrgenommen.

Dennoch sind gravierende Herausforderungen zu betonen, die erst graduell, nach Ende der Notfallmaßnahmen der NBU oder erst nach Kriegsende ihre volle Wirkung entfalten werden. Beispielsweise fingen Banken seit Ende Juni graduell an, notleidende Unternehmenskredite als Verschlechterungen ihres Kreditportfolios auszuweisen, während einige makroprudenzielle Maßnahmen der NBU zur Bewertung der Bankenwiderstandsfähigkeit (z. B. Stresstests) weiterhin ausgesetzt sind. Da die Eigenkapitalquote im August bei unter 17 Prozent lag und somit sechs Prozentpunkte niedriger als im März 2021, und auch weitere Verluste abzusehen sind, wird die Rekapitalisierung eine entscheidende Frage für den Sektor spielen. Als weitere Herausforderung ist in der Entwicklung der Kreditnachfrage im Umfeld sehr hoher Zinsen zu nennen.

Ausblick

Die positive Nachricht ist, dass die Wirtschaft den massiven Kriegsschock überstanden hat. Der starke Rückgang des BIP scheint im Laufe des Jahres 2022 seinen Boden zu finden und die Haushaltsplanung sieht für das kommende Jahr ein leichtes Wachstum vor. Diese Schätzungen und Prognosen sind jedoch mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet, da Russlands Angriffskrieg weiter wütet und kein Ende in Sicht ist. Durch die jüngsten Angriffe auf die kritische Energieinfrastruktur zeichnen sich neue Abwärtsrisiken ab. Um die Ukraine wirtschaftlich und finanziell über Wasser zu halten, sollte sich die internationale Unterstützung derzeit auf den massiven Finanzbedarf konzentrieren – am besten in Form von Zuschüssen – und diesen entsprechend angehen, da es keine besseren Alternativen zu einer solchen Unterstützung gibt.

In Zukunft könnte die Verwendung eingefrorener russischer staatlicher Reserven ein weiteres Element zur Unterstützung der Ukraine bei der Deckung ihres Finanzbedarfs und dem Wiederaufbau des Landes sein. Hierfür sind jedoch erhebliche internationale Anstren-

gungen erforderlich, die wahrscheinlich viel Zeit in Anspruch nehmen werden.

Einreichung des Manuskripts: 18. Oktober 2022.

Über die Autoren:

Robert Kirchner ist Stellvertretender Teamleiter von German Economic Team in Berlin. Finanziert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), berät das German Economic Team (GET) die Regierungen der Länder Ukraine, Belarus (zurzeit keine Beratung), Moldau, Kosovo, Armenien, Georgien und Usbekistan zu wirtschaftspolitischen Fragen.

Garry Poluschkin ist Länderkoordinator Ukraine bei German Economic Team in Berlin.

Lesetipps:

- Centre for Economic Strategy (2022), Ukrainian economy in war times: investments desperately seeking cover, Monthly Overview, September [Link](#).
- German Economic Team and Centre for Economic Strategy (2022a), »The banking sector in times of war: current situation and challenges«, Policy Paper 04/2022, [Link](#).
- German Economic Team and Centre for Economic Strategy (2022b), »Short-term estimation of Ukraine's public finance stance«, Policy Paper 07/2022, [Link](#).
- German Economic Team (2022), »Wirtschaftsausblick Ukraine«, Ausgabe 16/2022, [Link](#).
- Kyiv School of Economics (2022), »Damages to Ukraine's infrastructure«, Russia will pay project, [Link](#).
- Ministry of Finance of Ukraine (2022), »The sources of Ukraine's state budget financing from Feb 24 to Oct 26 are the war bonds, IFI loans, and bilateral loans and grants« [Link](#).
- National Bank of Ukraine (2022a), »Financial Stability Report«, June, [Link](#).
- National Bank of Ukraine (2022b), »Banking Sector Review«, August, [Link](#).
- National Bank of Ukraine (2022c), »Inflation Report«, October, [Link](#).

Tabelle 1: Zu Grafik 3: Offizieller Wechselkurs (UAH/USD)

Januar 2021	28,19	August 2021	26,86	März 2022	29,26
Februar 2021	27,93	September 2021	26,58	April 2022	29,26
März 2021	27,89	Oktober 2021	26,33	Mai 2022	29,26
April 2021	27,75	November 2021	27,17	Juni 2022	29,26
Mai 2021	27,50	Dezember 2021	27,28	Juli 2022	31,85
Juni 2021	27,18	Januar 2022	28,78	August 2022	36,57
Juli 2021	26,89	Februar 2022	29,26	September 2022	36,57

Quelle: NBU, Monatsdurchschnitt

Tabelle 2: Zu Grafik 4: Top-10 Geber der Finanzhilfen (in Mrd. USD)

	Zuschuss ausgezahlt	Zugesagt, noch nicht ausgezahlt	Kredit ausgezahlt		Zuschuss ausgezahlt	Zugesagt, noch nicht ausgezahlt	Kredit ausgezahlt
EU	0,63	7,25	5,94	GER (Deutschland)	1,05		0,32
USA	8,49	4,51		GBR (Vereinigtes Königreich)	0,13	0,5	0,45
IWF (Internationaler Währungsfonds)			2,69	JAP (Japan)			0,58
WB (Weltbank)		0,84	0,93	FRA (Frankreich)			0,33
CAN (Kanada)			1,52	ITA (Italien)	0,124		0,206

Quelle: ukrainisches Finanzministerium, vom 26.10.2022

Verhandlungslösung?

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Es wird verhandelt

In Reaktion auf den andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine werden regelmäßig Verhandlungen gefordert. Bevor hier die zentralen Herausforderungen für solche Verhandlungen zusammengefasst werden, muss erst einmal festgestellt werden, dass nicht etwa der »Gesprächsfaden abgerissen ist«. Im Rahmen internationaler Organisationen, vom UN-Sicherheitsrat bis zur G20, wird regelmäßig mit hochrangigen Vertretern Russlands gesprochen. Im Vorfeld des russischen Angriffs, von Dezember 2021 bis Februar 2022, gab es über 40 bilaterale Gespräche auf der Ebene von Ministern oder Regierungschefs westlicher Staaten mit Russland. Auch aktuell gibt es noch Telefonate etwa des deutschen Bundeskanzlers oder des französischen Staatspräsidenten mit dem russischen Präsidenten. Die Ukraine verhandelte mit Russland in den ersten Kriegswochen über ein Friedensabkommen. Es gab Verhandlungen über das Getreideabkommen, zuletzt im November. Es gibt regelmäßig Verhandlungen über den Austausch von Kriegsgefangenen. Vermittelt über die Internationale Atomenergie-Organisation wird über den Status des Atomkraftwerks Saporischschja verhandelt.

Einzige greifbare Ergebnisse all dieser Verhandlungen sind das Getreideabkommen, das auch russische Interessen berücksichtigt, und der Austausch von Kriegsgefangenen. Forderungen nach Verhandlungen meinen also nicht, dass endlich mal geredet werden muss, sondern dass endlich Ergebnisse erzielt werden sollen. Das ist derzeit aber nur möglich, wenn Russland Zugeständnisse gemacht werden. Russland hat ein Viertel des ukrainischen Staatsgebietes für annektiert erklärt und kontrolliert de facto derzeit etwa 18 % der Ukraine. Ein Rückzug ist von russischer Seite offensichtlich nicht vorgesehen. Territoriale Zugeständnisse an Russland müssten also Teil der Verhandlungen sein. Völlig unabhängig von der Frage, wer unter welchen Umständen solche Zugeständnisse machen könnte, ergeben sich dabei drei zentrale Probleme, auf die bei jeder Forderung nach Verhandlungen eine Antwort gegeben werden muss.

1. Terrorregime in den besetzten Gebieten

Der Bevölkerung in den von Russland besetzten Gebieten bringt eine Verhandlungslösung keinen Frieden. Sie würde auf Dauer von russischen Besatzern terrorisiert. Diebstahl und Enteignung durch russische Armeeeingehörige sind an der Tagesordnung. Es gibt umfangreiche Kontrollen auf pro-russische Einstellung (»Filtration«), willkürliche Erschießungen und Hinrichtungen,

Foltergefängnisse und massenhafte Verschleppung von Kindern, die in Russland zwangsadoptiert werden. Da die besetzten Gebiete von Russland abgeschottet werden – der freie Zugang von internationalen Organisationen, unabhängigen Beobachtern oder Journalisten ist nahezu unmöglich –, wird der ganze Umfang russischer Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nur dort deutlich, wo die russischen Truppen abgezogen sind.

2. Sicherheitsgarantien für die Ukraine

Russland hat die territoriale Integrität der Ukraine mehrfach anerkannt. Bereits der Vertrag zur Auflösung der Sowjetunion garantierte 1991 die territoriale Integrität. Im Budapester Memorandum bestätigte Russland 1994 nicht nur die territoriale Integrität der Ukraine sondern auch den Verzicht auf militärischen oder wirtschaftlichen Zwang als Gegenleistung für die Übergabe der ukrainischen Atomwaffen an Russland. Im 1999 in Kraft getretenen russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag wurde erneut die Unverletzbarkeit der Grenzen bestätigt. 2003 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin persönlich den internationalen Vertrag, der den genauen Verlauf der russisch-ukrainischen Grenze festlegte.

All diese Garantien der ukrainischen Grenzen hat Russland bereits 2014 mit der Annexion der Krim gebrochen. Außerdem hat Russland seit 2014 über den Einsatz der eigenen Armee in der Ukraine immer gelogen. So wurde behauptet, die russische Armee sei nicht an der Annexion der Krim beteiligt gewesen. Ein Jahr später gab Putin den russischen Einsatz in einer Fernsehdokumentation zu. Russland bestreitet bis heute die Verantwortung für den Abschuss eines zivilen Flugzeugs über der Ostukraine im Sommer 2014, obwohl mittlerweile rechtskräftige Verurteilungen durch das zuständige niederländische Gericht vorliegen. Ebenso hat Russland bestritten, die eigene Armee vor 2022 in den Separatistengebieten in der Ostukraine stationiert zu haben, obwohl es regelmäßig Beweise für die Anwesenheit russischer Truppen gab. Noch wenige Tage vor dem Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 leugnete Russland vehement entsprechende Vorwürfe und bezeichnete sie als westliche Panikmache und Propaganda.

Wenn es jetzt eine Verhandlungslösung geben sollte, wäre es naiv zu glauben, dass sich Russland nun an alle Vereinbarungen hält. Wenn die Ukraine sicher sein will, dass sie nicht wieder wie im Februar 2022, in einem unerklärten Krieg von Russland überfallen wird, braucht sie Sicherheitsgarantien. Ansonsten gibt eine Verhand-

lungslösung Russland nur Zeit, wieder aufzurüsten, um einen neuen Angriff zu starten.

3. Präzedenzfall erfolgreicher Eroberung

Es geht aber nicht nur um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Eine Verhandlungslösung mit Russland würde der ganzen Welt demonstrieren, dass Kriege wieder für Gebietsgewinne genutzt werden können. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind Eroberungskriege nicht nur durch internationales Recht verboten, sondern Kriege zwischen Staaten sind tatsächlich zu einer Ausnahme geworden. Versuche, durch Annexionen Staatsgrenzen zu verschieben, werden international nicht anerkannt.

Jede aktuell realistische Verhandlungslösung mit Russland müsste aber russische Eroberungen akzeptieren. Das wäre ein globales Signal, dass Eroberungen möglich sind, und eine bessere militärische Vorbereitung die Kosten für solche Eroberungen reduziert. Folge wäre nicht nur ein stärkeres Wetrüsten in vielen Weltregionen, sondern der vermeintliche Frieden in der Ukraine würde Eroberungskriege in der Welt wahrscheinlicher machen.

Resümee

Im Ergebnis gilt, was der Russland-Experte und ehemalige US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, jüngst auf [Twitter](#) prägnant formulierte: “No one I know is

against diplomacy with Putin to end his invasion of Ukraine. And no one I know has a workable, realistic strategy for achieving or even starting that process. Shouting, ‘more diplomacy’ is not a strategy. It is not ‘realism’”.

Die oft wiederholte Aussage, dass jeder Krieg durch Verhandlungen endet, verstellt den Blick dafür, dass in vielen Fällen – vom Zweiten Weltkrieg bis zum Abzug der USA aus Afghanistan – dabei keine Lösung ausgehandelt wurde, sondern das Ergebnis durch den Krieg vorgegeben war. Umgekehrt bringen echte Verhandlungslösungen keinen Frieden, wenn sich eine Seite nicht verpflichtet fühlt, sich auch dann noch an das Verhandlungsergebnis zu halten, wenn eine erneute militärische Eskalation Erfolge verspricht oder wenn die Verhandlungslösung sabotiert werden kann, wie Russland das bereits im Fall der Minsker Abkommen praktiziert hat.

In einer globalen Perspektive geht es vor allem darum, dass verhindert werden muss, dass das Verschieben von Staatsgrenzen durch einen Angriffskrieg und massenhafte Kriegsverbrechen wieder dauerhaft Teil von Außenpolitik werden können. Es geht um sehr bescheidene Mindeststandards für die friedliche Koexistenz von Staaten. Diese werden von Russland im Krieg gegen die Ukraine jeden Tag systematisch, massiv und von menschenverachtender Propaganda begleitet gebrochen. Das sollte nicht verhandelbar sein.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

KOMMENTAR

Keine Verhandlungen um jeden Preis

Von Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Leider kursiert gerade sehr viel Unsinn über die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Behauptungen wie »Niemand redet mit Russland«, »Die Ukraine verweigert Verhandlungen«, »Der Westen verbietet der Ukraine zu verhandeln« und Ähnliches mehr sind im Umlauf. Die folgenden drei empirisch belegten Einwände können der verquerten Debatte hoffentlich etwas mehr Substanz verleihen:

Einwand 1: Es wird verhandelt, und zwar dauernd und schon sehr lang! Das Normandie-Format (mit Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland) verhandelte 2014/15 die Minsker Vereinbarungen und weitere

8 Jahre lang deren Umsetzung – die nie gelang, weil die Ukraine und Russland sich über grundlegende territoriale und Statusfragen uneins waren. Am wichtigsten aber: Russland bestritt seine Rolle als Konfliktpartei (die es war). Zudem versuchte Russland die Verhandlungen und die Minsker Vereinbarungen zu missbrauchen, um seinen politischen Einfluss in der Ukraine in Gestalt der russisch kontrollierten Territorien im Osten des Landes zu festigen. Von Dezember 2021 bis zum 17.02.2022 fanden intensive Verhandlungen über Russlands Forderung nach »Sicherheitsgarantien« statt. Das war ein Ultimatum, mit dem die USA und NATO zur Aufteilung Europas in Einflusszonen gezwungen werden soll-

ten. Die Ukraine sollte selbstverständlich der russischen Einflusszone angehören. Russland versuchte, in einem Moment westlicher Schwäche (symbolisch stand dafür besonders der Afghanistan-Abzug) die »Ukraine-Frage« ein für alle Mal zu regeln. Damit scheiterte der Kreml. Also traf Putin die mörderische Entscheidung, unprovokiert das Nachbarland zu überfallen und zu vernichten. Auch damit scheiterte Moskau, und muss deshalb bis heute weiterkämpfen.

Vom 28.02. bis 17.05.2022 verhandelten die Ukraine und Russland direkt und unter türkischer Vermittlung über einen Waffenstillstand. Russland wollte einen Diktatfrieden sowie die Selbstauflösung (»Entnazifizierung«) der Ukraine. Die Ukraine machte weitreichende Kompromissvorschläge. Im Istanbul Kommuniqué, das Ende März vorgelegt wurde, bot sie Neutralität an, forderte Sicherheitsgarantien und zeigte Bereitschaft, in einem Zeitraum von 15 Jahren über den Status der Krim zu verhandeln. Was sich parallel veränderte, war der militärische und der politische Kontext der Gespräche: Zum einen scheiterte Russland mit dem Versuch, die Ukraine in wenigen Tagen militärisch zu überrennen. Zum anderen ließen die in den im April befreiten Gebieten aufgedeckten genozidalen Kriegsverbrechen und die Schlacht um Mariupol im April/Mai 2022 in der Ukraine Vertrauen und gesellschaftliche Unterstützung für Verhandlungen schwinden. Der Ukraine gelang es außerdem, nicht zuletzt mit westlicher Unterstützung, das militärische Gleichgewicht zu verschieben. Am 17.05.2022 zogen sich beide Parteien aus den Gesprächen zurück.

Es wurde aber weiter verhandelt über 1) humanitäre Fragen; 2) Getreideexporte; 3) das ukrainische AKW Saporischschja. Erfolgreich war der Getreide-Track, aus dem unter türkischer und UN-Vermittlung am 22.07.2022 ein Abkommen hervorging. Russland begann sofort, den Deal propagandistisch zu unterlaufen und versuchte am 29.10.2022, ihn zu zerstören. Das wurde vom türkischen Präsidenten Erdogan verhindert, was den gewachsenen Einfluss der Türkei gegenüber Russland spiegelt. Mitte November wurde der Deal um 120 Tage bis Frühjahr 2023 verlängert.

Dank der Kontakte über humanitäre Fragen gelangen immer wieder Gefangenenaustausche. Den Track zum AKW Saporischschja hat Russland mit der pro-

klamierten Annexion von vier weiteren ukrainischen Gebieten im September 2022 beendet – denn nun wird behauptet, das AKW läge auf russischem Gebiet und damit seien Verhandlungen überflüssig.

Einwand 2: Russland (nicht die Ukraine) erschwert durch seine auf allen Ebenen destruktive Politik jede Form von Verhandlungen! Das hat die Annexion der vier Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson im September noch einmal eindrucksvoll belegt. Sie bedeutete eine massive Eskalation des Krieges und macht eine diplomatische Lösung bis auf Weiteres unmöglich. Das Istanbul Kommuniqué ist passé. Auch die türkische Vermittlung ist erschwert. Der türkische Präsident Erdogan hatte sich mehrmals ausdrücklich gegen die Annexion gewandt. Seit Anfang Oktober zerstört Russland durch die Luft gezielt ukrainische zivile und kritische Infrastruktur mit dem Ziel, der ukrainischen Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu nehmen. Diese Taktik unterstreicht noch einmal den genozidalen Charakter des russischen Angriffskrieges. Nichts weist darauf hin, dass die russische politische Führung ihre ursprünglichen Kriegsziele verändert oder abgeschwächt haben könnte.

Einwand 3: Dass der Westen nicht selbst beteiligt ist, heißt nicht automatisch, dass es keine Verhandlungen gibt! Manchmal scheint das hiesige Lamento eher der deutschen Nabelschau als den Realitäten im Konflikt zu entspringen. Die Vermittlung haben erst einmal andere übernommen, nachdem Russland mit dem Überfall die bestehenden Formate unter westlicher Beteiligung vernichtet hatte. Erdogan ist für beide Seiten ein akzeptabler Gesprächspartner. Und bei aller Kritik und Skepsis muss man ihm lassen, dass er den Job bislang sehr gut gemacht hat. Zu danken ist auch UN-Generalsekretär Guterres. Westliche Akteure werden bis auf weiteres auf flankierende Maßnahmen beschränkt bleiben. Sie müssen im eigenen Interesse der Ukraine weiter dabei helfen, das militärische Gleichgewicht bis zu dem Punkt zu verschieben, an dem Russland einsieht, dass es diesen Krieg mit Waffen nicht gewinnen wird. Dann wird es Verhandlungen geben, und zwar solche, in denen die Ukraine Eigenstaatlichkeit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität wahren kann. Das muss das Ziel sein – nicht Verhandlungen um jeden Preis.

Über die Autorin

Dr. Sabine Fischer ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP), Berlin.

Lesetipps:

- Sabine Fischer (2022): Einleitung Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible, SWP Aktuell Nr. 66 Oktober 2022, https://swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A66_krieg_russland_ukraine_Web.pdf.

KOMMENTAR

Warum der Krieg nicht zu einem weiteren eingefrorenen Konflikt werden darf

Von Mats Marcusson und Olena Stavrunova (University of Technology, Sydney)

Russlands schleppender Vormarsch in der Ukraine und die erheblichen Verluste der russischen Streitkräfte bedeuten, dass Putin dringend eine Kriegspause braucht, um die schwächelnde Stärke seiner Armee wiederherzustellen. Dies mag den Konflikt vorübergehend einfrieren, aber es wird Europa keinen dauerhaften Frieden bringen. Trotz der jüngsten Rückschläge hat Putin seine Hoffnung nicht aufgegeben, die Ukraine zu zerstören und Russlands Einfluss auf dem Territorium des ehemaligen russischen Imperiums wiederherzustellen. Um einen weiteren Krieg zu verhindern, muss Russland entschlossen besiegt und gezwungen werden, seine imperialen Ambitionen aufzugeben.

Russland ist an den meisten eingefrorenen Konflikten der jüngeren Geschichte beteiligt, indem es separatistische Konflikte in postsowjetischen Staaten schürt und Marionettenregime installiert, die international nicht anerkannt sind: Transnistrien in der Republik Moldau, Südossetien und Abchasien in Georgien sowie die selbsternannten »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk sind Beispiele für eine solche Politik.

Nach der gescheiterten Eroberung von Kyjiw und der Niederlage in der Region Charkiw ist der Kreml bestrebt, so viel wie möglich von der Ukraine einzunehmen, den Konflikt durch einen Waffenstillstand »einzufrieren« und die Ukraine in langwierige und aussichtslose Friedensverhandlungen zu verwickeln. Diese Entwicklung mag von denjenigen begrüßt werden, die des Krieges überdrüssig sind. Wie die Erfahrung im Donbas zeigt, ist ein eingefrorener Konflikt mit Russland jedoch nicht das Ende, sondern lediglich ein Sprungbrett für weitere Angriffe zur vollständigen Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit.

Wir wissen, dass Putins Ambitionen über die Ukraine hinausgehen. Seine historischen »Aufsätze« und sein Selbstvergleich mit Peter dem Großen zeigen, dass er glaubt, Russland besäße ein Anrecht auf die Gebiete des ehemaligen russischen Reiches. Wir wissen nicht, welches Land er nach der Ukraine angreifen wird; wir wissen nur, dass er es tun wird.

Nach mehr als acht Monaten Kampfhandlungen spürt Russland den hohen Preis des Krieges. Die Sanktionen belasten die russische Wirtschaft und erschweren die Produktion neuer Waffen. Gleichzeitig hat der entschlossene ukrainische Widerstand, unterstützt von westlichen Waffen und Nachschublieferungen, den russischen Truppen schwere Verluste zugefügt und Putin dazu gezwungen, eine Massenmobilmachung in Russland anzuordnen.

Das bereitet Putin Schwierigkeiten. Er muss den Krieg vorübergehend einfrieren, um seine Truppen wieder aufzurüsten und seine Waffen- und Munitionsbestände aufzufüllen. Ein eingefrorener Konflikt würde die langfristigen Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme in Europa und dem Rest der Welt jedoch nur verschärfen.

Erstens wird Putin diese Zeit nutzen, um mit Propaganda- und Desinformationskampagnen die ukrainischen Verbündeten zu spalten. Auch wird er versuchen, sich die Kriegsmüdigkeit zunutze zu machen, die sich aus den hohen Energiepreisen, der Lebensmittelknappheit und der abnehmenden Medienaufmerksamkeit ergibt. Er wird den Waffenstillstand nutzen, um über die Aufhebung der Sanktionen zu verhandeln, die Russlands Wirtschaft und Militärindustrie derzeit schwächen.

Zweitens würde ein eingefrorener Konflikt die humanitäre Katastrophe, die sich derzeit in den besetzten ukrainischen Gebieten abspielt, verschärfen und die Rückkehr der Vertriebenen verhindern. Der besetzte Donbas liefert ein starkes Argument, warum ein neuer eingefrorener Konflikt niemals zugelassen werden darf. Die Vereinbarungen von Minsk I und II, an die sich der Kreml nie gebunden fühlte, haben es den Besatzern ermöglicht, die Bevölkerung zu terrorisieren, sie wirtschaftlich zu ruinieren und irreversible Umweltschäden zu verursachen, da sie nicht in der Lage waren, die eroberten Chemieanlagen und Bergwerke ordnungsgemäß zu betreiben.

In den neu besetzten Gebieten werden Tausende von Ukrainern in sogenannten »Filtrationslagern« illegal festgehalten, verhört, gefoltert, vergewaltigt und ermordet (siehe Ukraine-Analysen 275 zur »Filtration«, Anm. d. Red.). Außerhalb dieser Lager wird die ukrainische Bevölkerung gewaltsam nach Russland deportiert, werden gewählte Amtsinhaber:innen entführt und ermordet, werden russische Lehrpläne und die russische Sprache gewaltsam in den Schulen eingeführt, während den Kindern verboten wird, Ukrainisch zu sprechen. Je länger die Besatzung andauert, desto schwieriger wird es sein, diese Gebiete wieder zu besiedeln und in die Ukraine zu integrieren.

Drittens wird Putin, wenn es ihm gelingt, den Konflikt in der Ukraine einzufrieren, dies der russischen Bevölkerung als Sieg verkaufen. Dies wird seinen politischen Rückhalt in Russland festigen und die Chancen auf einen neuen Krieg in der Zukunft erhöhen. Und sollte Putin aus diesem brutalen Krieg relativ unbeschadet

det hervorgehen, würde dies andere autoritäre Regime ermutigen und das Leben auf unserem Planeten unsicherer machen.

Was kann man dafür tun, um einen neuen eingefrorenen Konflikt zu verhindern? Putins größte Chance, den Konflikt einzufrieren, besteht darin, aus einer Position der Stärke heraus zu handeln. Das würde es ihm ermöglichen, so viel ukrainisches Territorium wie möglich zu erobern und zu versuchen, der Ukraine möglichst viele seiner Forderungen aufzuzwingen. Das ließe sich kurzfristig durch eine kontinuierliche Lieferung von Waffen und Munition an die Ukraine verhindern. Das sollte nicht nur Defensiv-, sondern auch Offensivwaffen umfassen, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, ihr Territorium zurückzuerobern und russische Nachschublinien und Munitionsdepots anzugreifen, auch innerhalb Russlands. Um den Sieg der Ukraine und die

Niederlage Russlands sicherzustellen, sollten hierzu die Ressourcen gebündelt werden, und die Ukraine sollte Waffen direkt bei den Herstellern bestellen und kaufen können, ohne dass die Lieferung von Waffen aufgrund von Ausfuhrgenehmigungen in verschiedenen Ländern eingeschränkt wird.

Langfristig müssen die Fähigkeiten der Ukraine, ihre Grenzen eigenständig zu sichern, gestärkt werden. Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Er muss durch Sicherheitsgarantien seitens der Unterstützer:innen der Ukraine ergänzt werden, um ausländische Investor:innen anzulocken und der ukrainischen Wirtschaft bei der Transformation und Integration in die EU zu helfen.

Übersetzung: Dr. Eduard Klein

Der Artikel erschien am 1. November 2022 unter dem Titel »Why we should not allow the war to turn into a frozen conflict« auf VoxUkraine und ist im Englischen original zugänglich unter <https://voxukraine.org/en/why-we-should-not-allow-the-war-to-turn-into-a-frozen-conflict>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt VoxUkraine und den Autor:innen für die Erlaubnis, den Text ins Deutsche zu übersetzen und abzudrucken.

Über die Autoren:

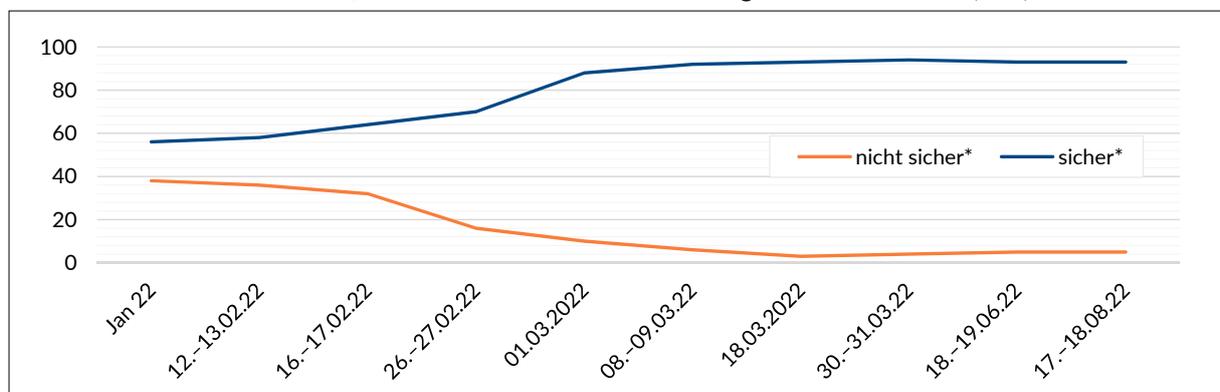
Dr. *Olena Stavrunova* ist Wirtschaftswissenschaftlerin und assoziierte Professorin der University of Technology in Sydney.

Mats Marcusson ist Wirtschaftsexperte und war unter anderem für die Europäische Kommission tätig.

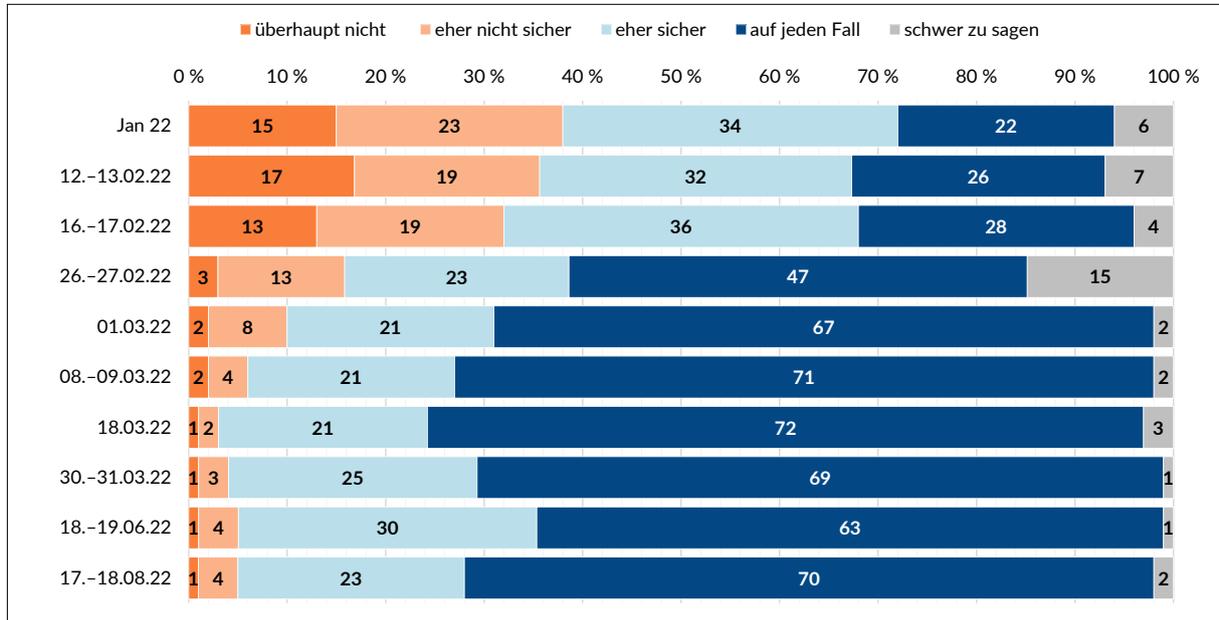
UMFRAGEN

Einstellung der Bevölkerung zu Frieden und Verhandlungen

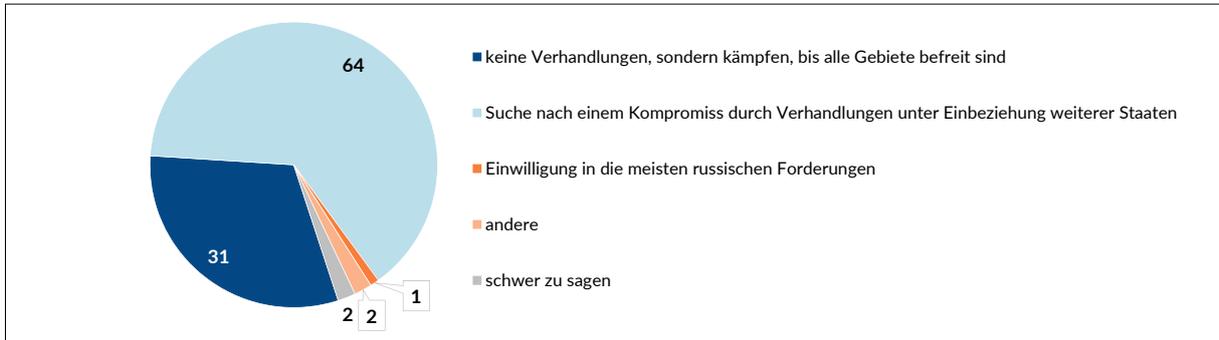
Grafik 1a: Wie sicher sind Sie, dass die Ukraine den russischen Angriff abwehren kann? (in %)



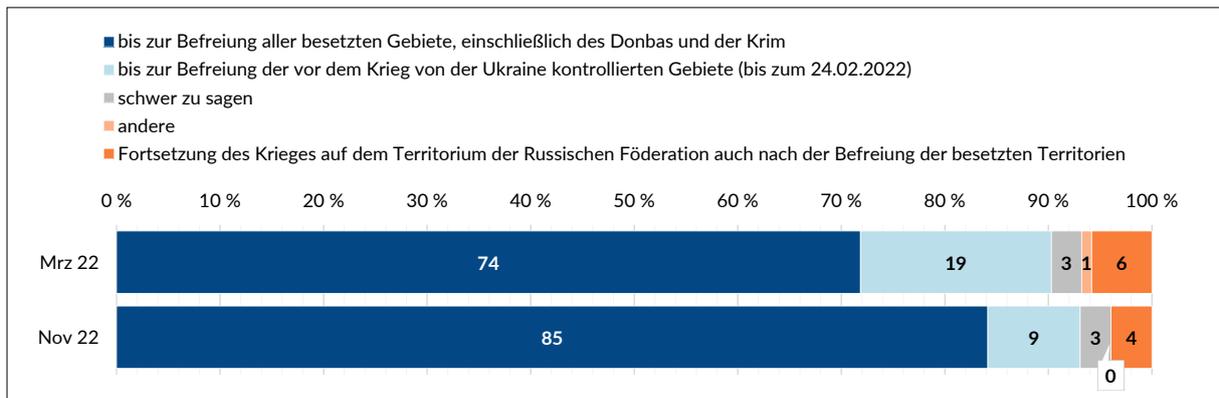
* Nicht sicher: »überhaupt nicht« und »eher nicht sicher«; sicher: »eher sicher« und »auf jeden Fall«; die Zahlen finden Sie in der Grafik 1b.
Quelle: Soziologische Gruppe Rating. Seventeenth National Survey: Identity, Patriotism. Values. August 17-18 2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/s_mnadcyate_zagalnonac_onalne_opituvannya_dentichn_st_patr_otizm_c_nnost_17-18_serpnya_2022.html.

Grafik 1b: Wie sicher sind Sie, dass die Ukraine den russischen Angriff abwehren kann? (Jan 2022 – Aug. 2022, in %)

Quelle: Soziologische Gruppe Rating. Seventeenth National Survey: Identity, Patriotism, Values, August 17-18 2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/s_mnadcyate_zagalnonac_onalne_opituvannya_dentichn_st_patr_otizm_c_nmost_17-18_serpnja_2022.html.

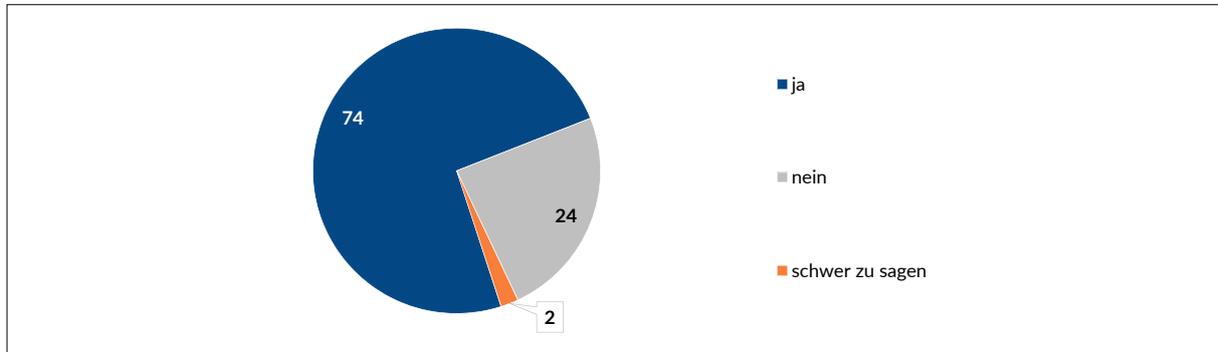
Grafik 2: Was ist Ihrer Ansicht nach der richtige Weg, den Krieg zu beenden? (März 2022, in %)

Quelle: Soziologische Gruppe Rating: The fourth national poll of Ukrainians during the war, March 12-13 2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/chetvertyy_obschenacionalnyy_opros_ukraincev_v_usloviyah_voyny_12-13_marta_2022_goda.html.

Grafik 3: Was denken Sie, wie lange sollte die Ukraine diesen Krieg fortsetzen? (März und November 2022, in %)

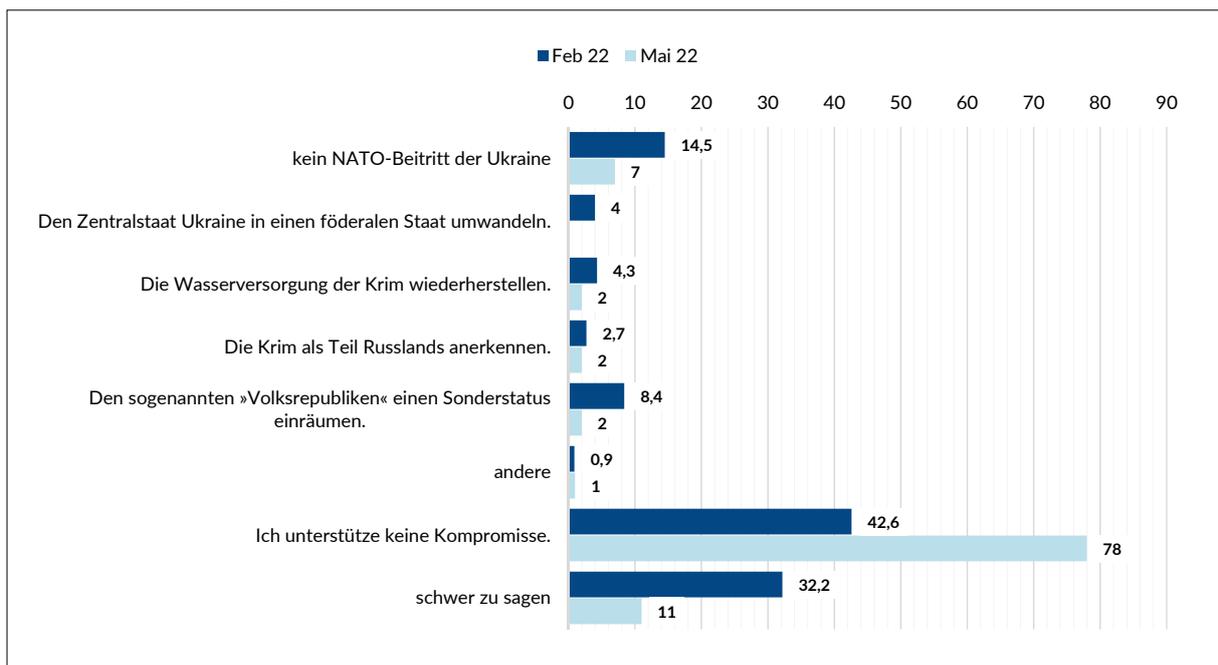
Quelle: Soziologische Gruppe Rating: Reconstruction of Ukraine and International Aid (November 2022), 13.12.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/v_dbudova_ukra_ni_ta_m_zhnarodna_dopomoga_20-21_listopada_2022.html.

Grafik 4: Unterstützen Sie direkte Verhandlungen zwischen Selenskyj und Putin zur Beendigung des Krieges? (März 2022, in %)



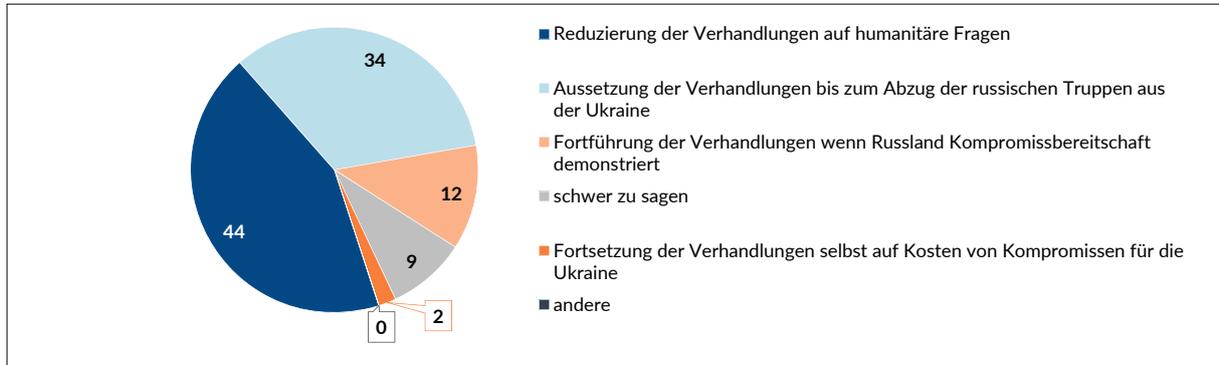
Quelle: Soziologische Gruppe Rating: *The fifth national poll: Ukraine during the war, March 18 2022*, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

Grafik 5: Welche Schritte der ukrainischen Regierung würden Sie persönlich unterstützen damit Russland die Aggression gegen die Ukraine beendet? (Februar und Mai 2022, in %)



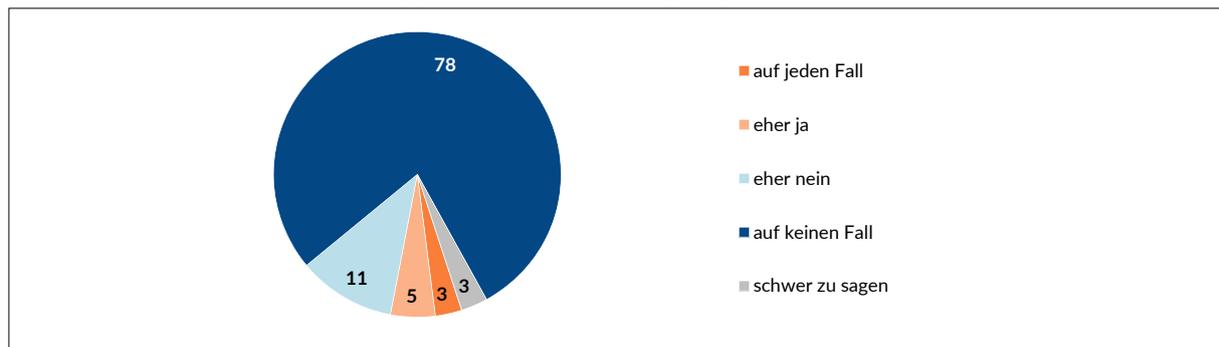
Quelle: Center for Political Sociology (Kyiv), Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation, Kyiv (2022): *How the War Changed the Way Ukrainians Think* (Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation), v. 1.0, *Discuss Data*, doi:10.48320/20F7A589-4D0F-4264-87B3-62AE97139C0E; Random-sample questionnaire-based poll representative of the resident population in Western and Central Ukraine (May 2022).

Grafik 6: Wenn es in naher Zukunft nicht zu einem Abkommen über die Beendigung des Krieges kommt, welche Handlungen auf Seiten der Ukraine würden Sie unterstützen? (Mai 2022, in %)



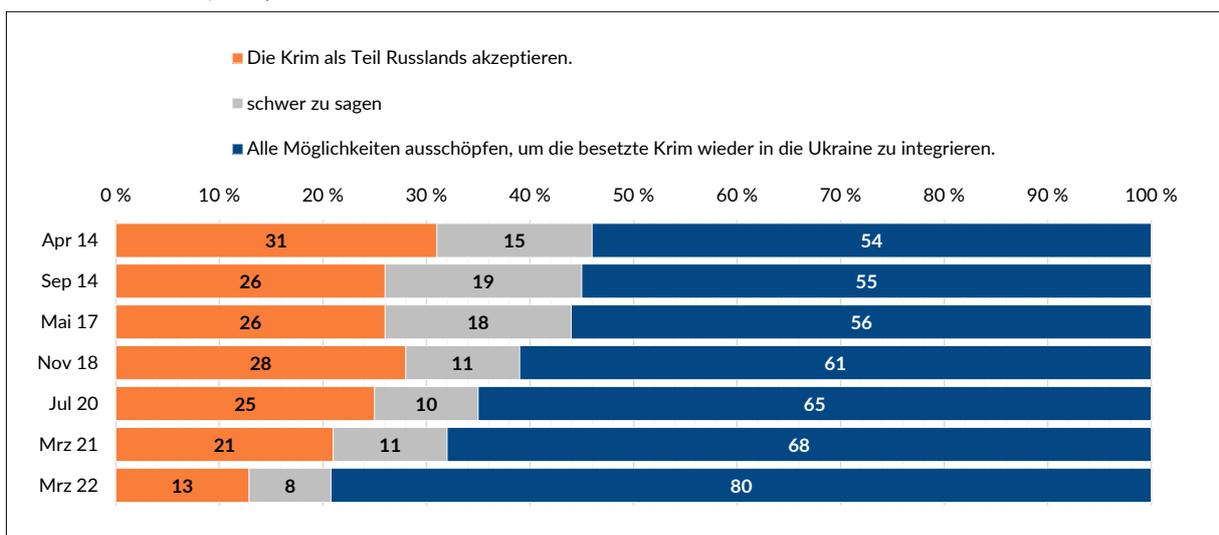
Quelle: Center for Political Sociology (Kyiv), Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation, Kyiv (2022): *How the War Changed the Way Ukrainians Think* (Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation), v. 1.0, Discuss Data, doi:10.48320/20F7A589-4D0F-4264-87B3-62AE97139C0E.

Grafik 7: Unterstützen Sie die Idee, einen befristeten Waffenstillstand mit Russland zu unterzeichnen, ohne dass die russischen Truppen aus der Ukraine abgezogen werden? (März 2022, in %)



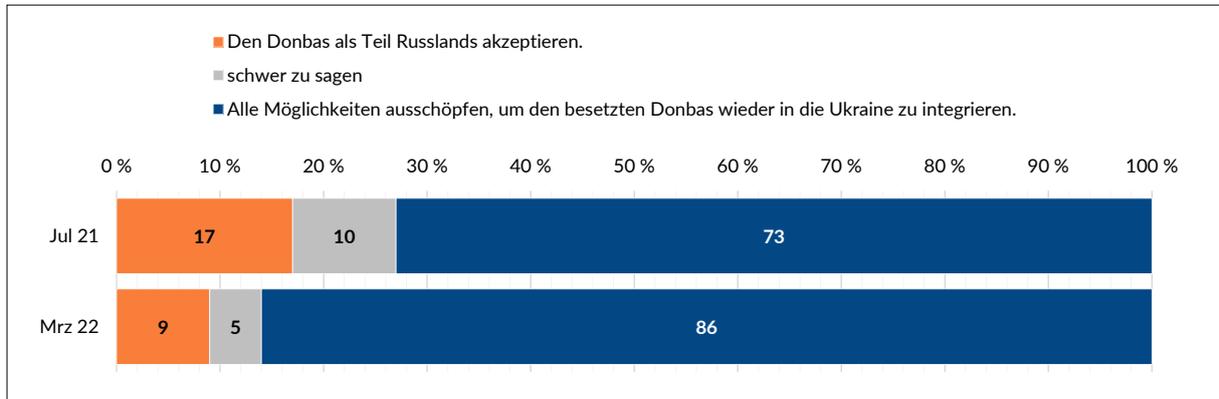
Quelle: Soziologische Gruppe Rating: *The fifth national poll: Ukraine during the war, March 18 2022*, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

Grafik 8: Wie sollte sich die Ukraine Ihrer Meinung nach in der Krim-Frage verhalten? (April 2014 – März 2022, in %)



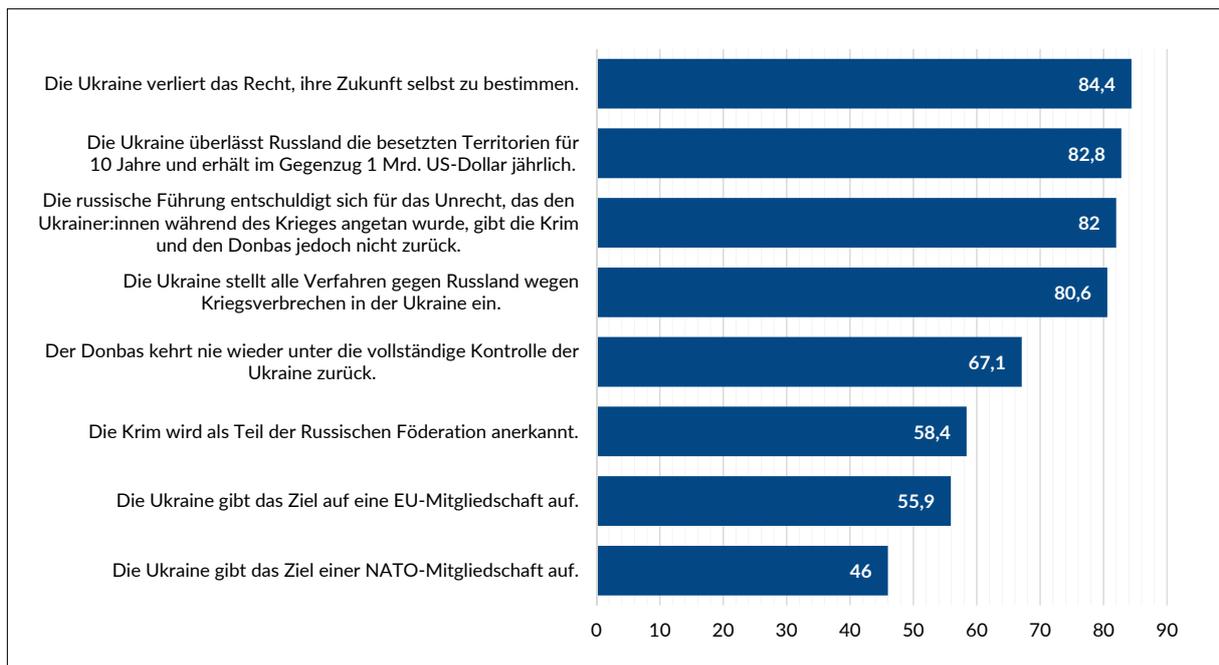
Quelle: Soziologische Gruppe Rating: *The fourth national poll of Ukrainians during the war, March 12-13 2022*, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/chetvertyi_obschenacionalnyy_opros_ukraincev_v_usloviyah_voyny_12-13_marta_2022_goda.html.

Grafik 9: Wie sollte sich die Ukraine in der Frage des besetzten Donbas verhalten? (Juli 2021 und März 2022, in %)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating: The fourth national poll of Ukrainians during the war, March 12-13 2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/chetvertyy_obschenacionalnyy_opros_ukraincev_v_usloviyah_voyny_12-13_marta_2022_goda.html.

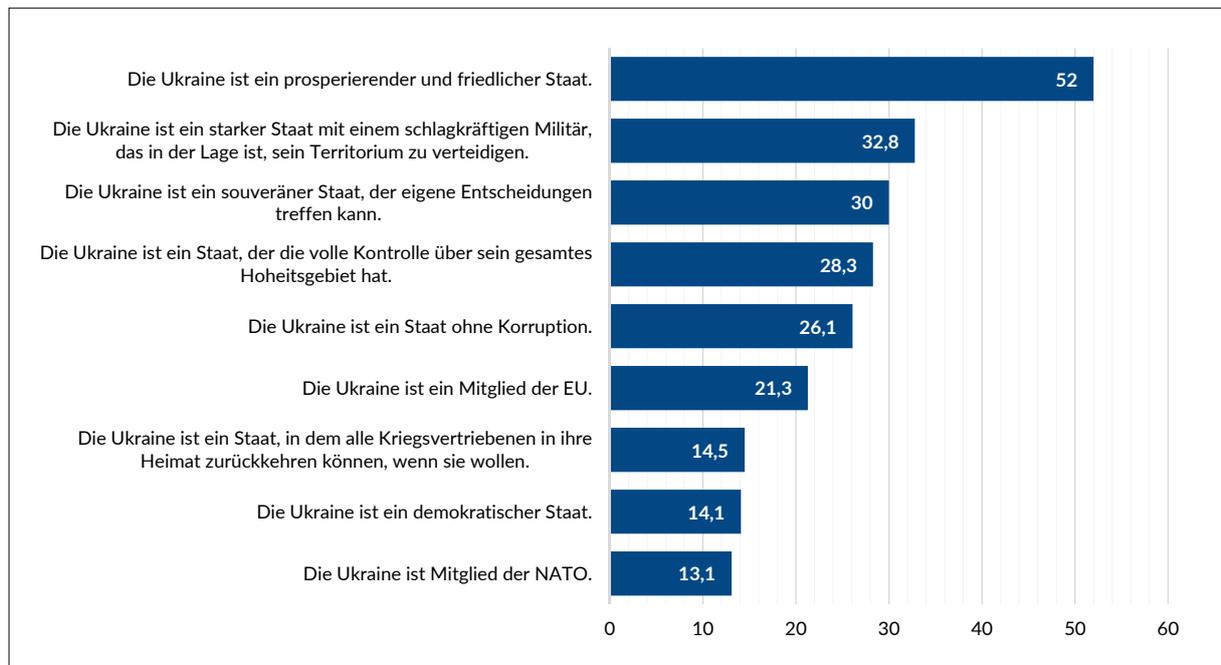
Grafik 10: Frieden wäre »absolut inakzeptabel«, wenn dies bedeuten würde ... (Juli 2022, in %)*



* Anmerkung: Befragt wurden insgesamt 1.812 Personen vom 03.-25. Juli 2022 in den drei ukrainischen Großstädten Dnipro, Poltawa und Saporischja, die in der Nähe der Frontlinie liegen und wohin viele Binnenflüchtlinge geflohen sind. Die Hälfte des Samples bestand aus Bewohner:innen der lokalen Bevölkerung, die andere Hälfte waren Binnenvertriebene, so dass pro Stadt jeweils ca. 300 Personen aus der lokalen Bevölkerung befragt wurden und ca. 300 IDPs. Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage siehe <https://criticalgeopolitics.com/the-costs-of-peace/>.

Quelle: The Conversation: We asked Ukrainians living on the front lines what was an acceptable peace – here's what they told us, 15.09.2022, <https://theconversation.com/we-asked-ukrainians-living-on-the-front-lines-what-was-an-acceptable-peace-heres-what-they-told-us-190397>.

Grafik 11: Stellen Sie sich vor, der Krieg ist zu Ende. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ziele, die die Ukraine innen- und außenpolitisch erreichen sollte? (Juli 2022, in %, max. vier Antwortmöglichkeiten)*



* Anmerkung: Befragt wurden insgesamt 1.812 Personen vom 03.-25. Juli 2022 in den drei ukrainischen Großstädten Dnipro, Poltawa und Saporischja, die in der Nähe der Frontlinie liegen und wohin viele Binnenflüchtlinge geflohen sind. Die Hälfte des Samples bestand aus Bewohner:innen der lokalen Bevölkerung, die andere Hälfte waren Binnenvertriebene, so dass pro Stadt jeweils ca. 300 Personen aus der lokalen Bevölkerung befragt wurden und ca. 300 IDPs. Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage siehe <https://criticalgeopolitics.com/the-costs-of-peace/>.

Quelle: *The Conversation: We asked Ukrainians living on the front lines what was an acceptable peace – here's what they told us*, 15.09.2022, <https://theconversation.com/we-asked-ukrainians-living-on-the-front-lines-what-was-an-acceptable-peace-heres-what-they-told-us-190397>.

DOKUMENTATION

Das Telefongespräch von Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin am 02. Dezember 2022

Am 2. Dezember 2022 haben Bundeskanzler Olaf Scholz und der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin rund eine Stunde telefoniert. Thema war der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Die offiziellen Presseerklärungen zu dem Telefonat zeigen, wie unterschiedlich die Positionen von Russland auf der einen und der Ukraine und ihrer Partner, in diesem Fall Deutschland, ist.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Bundeskanzler Scholz telefoniert mit dem russischen Präsidenten Putin

Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Hebestreit, teilt mit:

Bundeskanzler Olaf Scholz hat heute Vormittag mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin telefoniert. Das einstündige Gespräch war dem andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seinen Folgen gewidmet.

Der Bundeskanzler verurteilte insbesondere die russischen Luftangriffe gegen zivile Infrastruktur in der Ukraine und betonte die Entschlossenheit Deutschlands, die Ukraine in der Sicherstellung ihrer Verteidigungsfähigkeit gegen die

russische Aggression zu unterstützen. Der Bundeskanzler drängte gegenüber dem russischen Präsidenten darauf, dass es so schnell wie möglich zu einer diplomatischen Lösung kommen müsse, zu der ein Rückzug russischer Truppen gehöre.

Der Bundeskanzler und der russische Präsident sprachen zudem über die globale Lebensmittellage, die infolge des russischen Angriffskrieges besonders angespannt ist. Der Bundeskanzler und Präsident Putin hoben die wichtige Rolle des kürzlich verlängerten Getreideabkommens unter der Ägide der Vereinten Nationen hervor.

Der Bundeskanzler und der russische Präsident vereinbarten weiterhin in Kontakt zu bleiben.

Quelle: Offizielle Website der Bundesregierung, 02.12.2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundeskanzler-scholz-telefoniert-mit-dem-russischen-praesidenten-putin-2148822>.

Telephone conversation with German Chancellor Olaf Scholz

Vladimir Putin had a telephone conversation with Federal Chancellor of the Federal Republic of Germany Olaf Scholz, at the initiative of the German side.

The discussion focused on various aspects of the situation around Ukraine. Vladimir Putin again explained in detail Russia's fundamental approaches to the special military operation and pointed out the destructive policy of Western countries, including Germany, pumping the Kiev regime with weapons and training the Ukrainian military. All this, as well as their comprehensive political and financial support for Ukraine, leads Kiev to reject any idea of negotiations. In addition, it encourages radical Ukrainian nationalists to commit more and more bloody crimes against the civilian population.

The President of Russia called on Germany to reconsider its approaches in the context of the Ukrainian developments.

The Russian leader noted that the Russian Armed Forces had for a long time refrained from pinpoint missile strikes at certain targets on the territory of Ukraine, but now such measures have become an unavoidable and inevitable response to Kiev's provocative attacks against Russia's civilian infrastructure, including the Crimean bridge and energy facilities.

This list of incidents also includes the terrorist attacks against the Nord Stream and Nord Stream 2 gas pipelines. A transparent investigation into the circumstances of those attacks must be conducted and it must include the relevant Russian agencies.

Vladimir Putin and Olaf Scholz also touched upon certain aspects of implementing the July 22 Istanbul package deal on the export of Ukrainian grain from the Black Sea ports and the unblocking of food and fertiliser exports from Russia. The parties emphasised the need for bona fide comprehensive implementation of the grain deal, which implies the elimination of all barriers for Russian exports.

Quelle: Offizielle Website des Präsidenten der Russischen Föderation, 02.12.2022, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/69971>.

Pressemitteilung des Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj vom 05. Dezember 2022

Die Pressemitteilung des Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj geht auf den großangelegten russischen Raketenangriff am 5. Dezember 2022 auf Ziele der kritischen Infrastruktur in der Ukraine ein, bei dem ein Großteil der 70 abgefeuerten Raketen abgewehrt werden konnte. Der Angriff erfolgte am Jahrestag des Budapester Memorandums von 1994, was verdeutliche, dass Russland »jegliche Verträge bricht« und daher Verträge »mit diesen Terroristen keinen Frieden brächten«, so Selenskyj.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

When a terrorist destabilizes everyone's lives, stopping terror is a joint task—address by the President of Ukraine

Good health to you, fellow Ukrainians!

A report on the day.

The main result—70 Russian missiles were launched, most of them were shot down. Kalibr, Kh-101, etc.

I am grateful to all our warriors of the air commands "East", "South" and "Center". Well done!

I am also grateful to our partners for the air defense systems we are currently using. Every downed Russian missile is concrete proof that terror can be defeated.

But, unfortunately, we still cannot ensure complete security to our sky—there were several hits.

Unfortunately, there are victims. As of this time, there are four people killed by Russian strikes today. My condolences to families and friends.

Energy workers immediately started restoration. Maximum efforts are in the central regions of Ukraine, Odesa, Zaporizhzhia and Kharkiv regions. In many regions we had to switch to emergency shutdowns to stabilize the system. From Zakarpattia to Kyiv region, from Kirovohrad region to Sumy and Kharkiv regions. As of this evening, the biggest number of shutdowns is in Vinnytsia, Kyiv, Zhytomyr, Dnipropetrovsk, Odesa, Khmelnytskyi and Cherkasy regions. But we will do everything to restore stability.

Russian terror again affects neighboring states. There are interruptions with electricity supply in Moldova again. And this once again proves that Russia's ability to carry out such massive terrorist attacks is a threat not only to Ukraine, but also to our entire region. At least.

When one terrorist destabilizes everyone's lives, stopping terror is a joint task.

Tonight I will talk about this in my address to the expert community of the American Institute for the Study of War and to all our friends in the United States.

By the way, with today's missile attack Russia marked the anniversary of the Budapest Memorandum. The fate of this document gives answers to many current questions about Russia. Simply signing something with these terrorists will not bring peace. They will certainly break any agreements reached with them. Giving up any element of someone else's security to Russia means new war.

Therefore a principled continuation of the existing policy of conscientious states of the world is necessary: it is only the dismantling of Russian terrorist capacities, liberation of all our territories and holding the murderers to account that will bring peace. I believe we will come to this.

Another result of today is a new declaration of support for Ukraine's Euro-Atlantic course. This is the third such declaration. Today it was signed with Montenegro. After the Czech Republic and Belgium.

We will complete this path step by step—we will persuade the Euro-Atlantic majority in favor of Ukraine. And not just in words, but in decisions. In decisions to support our accession to the collective security system.

And one more thing

Finally, a special award for extraordinary people appeared in Ukraine—for Ukrainian volunteers. "Gold Heart". Today, greeting the volunteer community, I named the first 50 teams and individuals who will receive this new award shortly. But this is far from a complete list of those who deserve it.

The state should know how to be grateful and express gratitude. And it will.

Glory to everyone who defends Ukraine!

Gratitude to everyone who helps our state hold out against Russian terror!

Eternal memory to everyone whose life was taken by terrorists!

Glory to Ukraine!

Quelle: Offizielle Website des Präsidenten der Ukraine, 05.12.2022, <https://www.president.gov.ua/en/news/koli-terrorist-destabilizuye-zhittya-vsih-zupiniti-terror-ce-s-79657>.

13. – 25. September 2022

13.09.2022	In einem Interview für die Nachrichtenagentur »RBC-Ukraine« erklärt der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, die Ukraine lehne Verhandlungen mit Russland nicht grundsätzlich ab. Sie sei aber nur zu Verhandlungen bereit, wenn es darin um die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität gehe.
13.09.2022	Die ukrainische Regierung billigt den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2023, nach dem die Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung mehr als 50 Prozent ausmachen werden. Der Entwurf muss nun dem Parlament vorgelegt werden.
13.09.2022	Der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes Andrij Jermak und der ehemalige Generalsekretär der NATO Anders Fogh Rasmussen stellen in Kyjiw einen Entwurf für Sicherheitsgarantien für die Ukraine vor. Zu den Garantiegebern sollen laut dem Dokument u. a. die USA, Großbritannien, Kanada, Polen, Deutschland und Frankreich gehören.
13.09.2022	In seinem ersten Telefongespräch seit Mai mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin drängt der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz dem Regierungssprecher Steffen Hebestreit zufolge auf eine diplomatische Lösung. Diese müsse auf einem Waffenstillstand, einem vollständigen Rückzug der russischen Truppen und der Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine basieren.
14.09.2022	Gemeinsam mit dem Leiter des Präsidialamtes Andrij Jermak und Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte besucht Präsident Wolodymyr Selenskyj die kürzlich von der russischen Besatzung befreite Stadt Isjum in der Oblast Charkiw.
14.09.2022	Nachdem in dem kürzlich von der russischen Besatzung befreiten Gebiet um die Städte Balaklija, Kupjansk und Isjum in der Oblast Charkiw Leichen gefunden werden, die Folterspuren aufweisen, leitet die ukrainische Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein.
14.09.2022	Nach russischen Raketenangriffen auf die Stadt Krywyj Rih, bei denen ein Staudamm schwer beschädigt wird, fällt die Trinkwasserversorgung der Stadt größtenteils aus. Außerdem steigt der Wasserspiegel des Flusses Inhulez, der Leiter der örtlichen Militärverwaltung Oleksandr Wilkul ruft wegen drohender Überschwemmungen zur teilweisen Evakuierung auf.
14.09.2022	Im Fall des Angriffs auf Journalist:innen des Investigativprojekts »Schemy« vom Oktober 2021 befindet das Kyjiwer Bezirksgericht Holosijiw den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der »Ukreximbank« Jewhen Mezher, den ehemaligen Direktor der Abteilung für Bankensicherheit Ihor Telbisow und den ehemaligen Leiter der Abteilung für interne Sicherheit der Bank Oleh Osipow für schuldig und verhängt jeweils eine Geldstrafe.
15.09.2022	Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Rahmen ihres dritten Besuchs in Kyjiw seit Beginn des russischen Angriffskriegs lobt die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen die Fortschritte der Ukraine im Beitrittsprozess zur Europäischen Union. Die Ukraine hat seit Juni 2022 offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten.
15.09.2022	Laut einer vom 7.–13. September 2022 durchgeführten Studie des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) ist die Zahl derer, die territoriale Zugeständnisse in Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ablehnen, um 3 Prozent auf 87 Prozent der Befragten angestiegen.
15.09.2022	Die US-Regierung kündigt ein weiteres Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 600 Millionen US-Dollar an, das zusätzliche Munition für HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, 155mm Artilleriegeschosse sowie andere Ausrüstung und Geschosse enthalten wird. Außerdem verhängen die USA weitere Sanktionen gegen russische Unternehmen und Personen, darunter die russische Beauftragte für Kinderrechte Maria Lwowa-Belowa, die an der Verschleppung ukrainischer Kinder nach Russland beteiligt sein soll.
15.09.2022	Das EU-Parlament billigt Kredite über 5 Milliarden Euro für die Ukraine und will damit zur Tragfähigkeit der Staatsschulden beitragen. Das Geld ist Teil eines im Mai angekündigten Hilfspakets über insgesamt 9 Milliarden Euro.
15.09.2022	Deutschland wird der Ukraine zwei weitere MARS II-Mehrfachraketenwerfer, 200 Raketen und 50 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Dingo zur Verfügung stellen, wie Verteidigungsministerin Christine Lambrecht mitteilt.
16.09.2022	Laut dem leitenden Ermittler der ukrainischen Polizei in der Oblast Charkiw, Serhij Bolwinow, sind nahe der vor Kurzem von den ukrainischen Streitkräften befreiten Stadt Isjum mehr als 440 Gräber gefunden worden. Bei den Leichen handele es sich überwiegend um Zivilist:innen, einige wiesen Folterspuren auf oder hätten einen Strick um den Hals. Präsident Wolodymyr Selenskyj zieht Parallelen zu dem im April befreiten Butscha, wo Russland Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.

16.09.2022	Laut dem Chef der nationalen Polizei der Ukraine, Ihor Klymenko, sind auf dem zurückeroberten Gebiet in der Region Charkiw mindestens zehn Folterräume gefunden worden, von denen sich zwei allein in der Stadt Balaklija befänden.
16.09.2022	Laut dem Gouverneur der Oblast Dnipropetrowsk sind in Krywyj Rih erneut Staudämme beschossen worden. Erst zwei Tage zuvor war es in der Stadt durch russische Angriffe auf kritische Infrastruktur zu einem Ausfall der Trinkwasserversorgung sowie zu Überschwemmungen gekommen.
16.09.2022	Dem Unternehmen »Haltera« des Oligarchen Ihor Kolomjyskyj sind in einem Verfahren vor dem Bezirksgericht Dnipro, bei dem die Stadtverwaltung gegen das Unternehmen geklagt hatte, die Rechte für den Betrieb des Flughafens in Dnipro entzogen worden.
16.09.2022	Über einen Ringtausch mit Griechenland erhält die Ukraine von Griechenland 40 Schützenpanzer sowjetischer Bauart vom Typ BMP-1, wofür Griechenland die gleiche Anzahl an Schützenpanzern aus Deutschland vom Typ Marder bekommt, wie das Bundesverteidigungsministerium mitteilt.
17.09.2022	Bei russischem Beschuss der Region Donezk wurde das Wärmekraftwerk in Slowjansk beschädigt und mindestens zwei Menschen getötet, wie der Gouverneur Pawlo Kyrylenko auf Telegram mitteilt. Auch aus anderen Regionen wurde in der Nacht Beschuss gemeldet.
17.09.2022	Nachdem am Vortag in der von den ukrainischen Streitkräften befreiten Stadt Isjum mehr als 440 Gräber gefunden worden waren, nennt der tschechische Außenminister Jan Lipavsky die Angriffe auf die ukrainische Zivilgesellschaft auf Twitter »im 21. Jahrhundert [...] undenkbar und abscheulich« und fordert die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis fordert wiederum die Entsendung weiterer Panzer an die Ukraine.
17.09.2022	Aus einem Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) geht hervor, dass das von Russland besetzte Atomkraftwerk Saporischschja wieder an das ukrainische Stromnetz angeschlossen ist. Eine der vier Hauptstromleitungen sei repariert worden, sodass das Kraftwerk seinen Strombedarf für die Reaktorkühlungen decken kann, heißt es in dem Bericht. Der letzte in Betrieb befindliche Reaktor war am 11. September 2022 abgeschaltet worden.
18.09.2022	Laut einem Bericht des US-Think Tanks »Institute for the Study of War« (ISW) geben die russischen Streitkräfte strategisch bedeutungslosen Offensivoperationen um Donezk und Bachmut gegenüber der Verteidigung gegen die ukrainische Gegenoffensive in der Region Charkiw den Vorrang. Die ukrainischen Streitkräfte können ihrerseits die Stellungen jenseits des Flusses Oskil in der Oblast Charkiw festigen, heißt es in dem Bericht.
18.09.2022	Laut dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte haben die russischen Truppen bei ihrem Rückzug aus der Oblast Charkiw mehr als die Hälfte ihres Personals und mehr als 200 Ausrüstungsteile verloren.
18.09.2022	In dem Dorf Striletscha in der Oblast Charkiw werden bei dem Versuch, ein unter Beschuss stehendes psychiatrisches Krankenhaus zu evakuieren, vier Ärzte getötet. Nach Angaben des Gouverneurs der Oblast Oleh Synjehubow konnten nur 30 der insgesamt 600 Insassen evakuiert werden.
19.09.2022	Laut Angaben des ukrainischen Kraftwerksbetreibers Enerhoatom schlägt in der Nähe des Kernkraftwerks Pwdenoukrajinsk in der Oblast Mykolajiw eine russische Rakete ein, wobei mehrere Gebäude und Stromleitungen beschädigt werden.
19.09.2022	Das deutsche Verteidigungsministerium teilt mit, dass der Ukraine vier weitere Panzerhaubitzen vom Typ 2000 geliefert werden. Außerdem erhält die Ukraine bei einem Ringtausch 28 Panzer sowjetischer Bauart vom Typ M-55S von Slowenien, wofür Deutschland 35 Militär- und 5 Tanklastwagen an Slowenien liefert.
19.09.2022	Der ukrainische Minister für digitale Transformation Mychajlo Fedorow teilt auf Telegram mit, dass die ukrainische IT-Armee die Webseite der russischen Söldnertruppe Wagner gehackt und persönliche Daten der Söldner gesichert habe. Die Söldnergruppe rekrutiert angeblich russische Gefangene für den Krieg gegen die Ukraine.
20.09.2022	Der Rat der Europäischen Union einigt sich auf die Auszahlung von Makrofinanzhilfen in Höhe von 5 Milliarden Euro an die Ukraine, um die Funktionsfähigkeit des ukrainischen Staates zu sichern, wie die tschechische Ratspräsidentschaft mitteilt. Das Geld ist Teil eines im Mai angekündigten Hilfspakets im Umfang von 9 Milliarden Euro, von denen eine Milliarde schon Anfang August ausgezahlt wurden.
20.09.2022	In einem von dem US-Sender PBS veröffentlichten Interview fordert der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Rückgabe der von Russland besetzten Gebiete an die Ukraine.
20.09.2022	In den besetzten Gebieten Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk sind für den 23.–27. September 2022 Scheinreferenden für den Anschluss an Russland geplant, wie die örtlichen Besatzungsverwaltungen mitteilen. Ein Sprecher des ukrainischen Präsidialbüros, Serhij Nykyforow, erklärt daraufhin erneut, dass es im Falle einer Durchführung der Referenden keine Verhandlungen mit Russland geben werde.

21.09.2022	Russland ordnet eine Teilmobilmachung der eigenen Streitkräfte an. Er habe diese Entscheidung auf einen Vorschlag des Verteidigungsministeriums hin getroffen und ein entsprechendes Dekret unterzeichnet, teilt der russische Präsident Wladimir Putin in einer Fernsehansprache mit. Die Teilmobilisierung betreffe rund 300.000 Reservisten und beginne noch heute.
21.09.2022	Im Rahmen eines von Saudi-Arabien vermittelten Gefangenenaustauschs kehren 215 Ukrainer:innen und ausländische Staatsbürger:innen, darunter auch Kommandeure des an der Verteidigung des Stahlwerks Asowstal in Mariupol beteiligten Asow-Regiments, aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Im Gegenzug liefert die Ukraine den pro-russischen Politiker und Oligarchen Wiktor Medwedtschuk an Russland aus.
21.09.2022	Nach Angaben des ukrainischen Geheimdienstes (SBU) beginnen von Russland eingesetzte Verwaltungsbehörden in der Region Donezk mit der Rekrutierung von 200–500 Fabrikarbeitern. Außerdem sei in der Nähe von Torez in der Oblast Donezk ein militärisches Ausbildungslager für in Russland rekrutierte Gefängnisinsassen eingerichtet worden.
22.09.2022	Deutschland nimmt nach Angaben des Bundesamts für Bevölkerungsschutz mehr als 500 Patient:innen aus der Ukraine zur medizinischen Versorgung in Deutschland auf, die Evakuierungen seien derzeit im Gange.
22.09.2022	Die russische unabhängige Zeitung Nowaja Gaseta berichtet unter Berufung auf ungenannte Quellen im Präsidialamt, dass ein als »nur für den Dienstgebrauch« eingestuftes Dekret des am Vortag unterzeichneten Dekrets zur Teilmobilmachung die Mobilisierung von bis zu 1 Million Menschen ermöglichen würde. Nach offiziellen Angaben sind 300.000 Reservisten von der Teilmobilmachung betroffen.
22.09.2022	In der Generaldebatte der UN-Vollversammlung fordert der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine Bestrafung und Isolation Russlands. Unter anderem müsse Russland das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat entzogen werden. Selenskyj war der Debatte aufgrund einer Sonderregelung als einziger Redner per Video zugeschaltet.
23.09.2022	Die von Russland eingesetzte Besatzungsverwaltung hat den Beginn von Scheinreferenden für den Anschluss an Russland in den Gebieten Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk angekündigt, die bis zum 27. September 2022 dauern sollen. Der Gouverneur der Oblast Luhansk Serhij Hajdaj berichtet, Besatzungsverwalter klopfen in Begleitung bewaffneter Männer an die Haustüren und zwingen die Bevölkerung zur Abstimmung.
23.09.2022	In der von den ukrainischen Streitkräften befreiten Stadt Isjum wird die Exhumierung der Leichen aus der am 16. September 2022 entdeckten Grabstätte abgeschlossen. Insgesamt werden 447 Tote geborgen, darunter auch Frauen und Kinder. Einige der Leichen weisen Folterspuren auf, so der Gouverneur der Oblast Charkiw Oleh Synjehubow.
23.09.2022	Männer dürfen die von Russland besetzte Halbinsel Krim nicht mehr ohne militärische Erlaubnis verlassen, berichtet die Nachrichtenagentur Kryminform unter Berufung auf die russische Besatzungsverwaltung. In seiner täglichen Videobotschaft sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der Ukraine lägen Hinweise vor, wonach Russland unter der krimtatarischen Bevölkerung Männer für den Krieg gegen die Ukraine mobilisiere.
24.09.2022	Der ukrainische Geheimdienst (SBU) erklärt, er habe den russischen Kommandeur Alexander Naumenko identifiziert, der die Entführung und Folterung von Einwohner:innen des besetzten Cherson angewiesen haben soll.
24.09.2022	Wegen der mutmaßlichen Lieferung von Drohnen an Russland entzieht die Ukraine dem iranischen Botschafter die Akkreditierung und reduziert die Zahl der diplomatischen Mitarbeiter:innen der Botschaft, heißt es in einer Regierungserklärung.
24.09.2022	Der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleh Nikolenko erklärt, die Ukraine habe wegen der Scheinreferenden in den von Russland besetzten Gebieten Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats beantragt. Die Referenden haben am 23. September begonnen und sollen noch bis zum 27. September 2022 dauern.
25.09.2022	Laut einem Sprecher der Militärverwaltung der Oblast Odesa, Serhij Bratschuk, wird Odesa von Russland mit iranischen Drohnen angegriffen, wobei das Verwaltungsgebäude im Stadtzentrum getroffen wird. Zuvor waren bei einem russischen Angriff mit iranischen Drohnen bereits 2 Zivilist:innen getötet worden, die Ukraine hat daraufhin ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Iran eingeschränkt.
25.09.2022	Das unabhängige russische Online-Medium Meduza berichtet, nach dem Ende der Scheinreferenden werde in den vier besetzten Gebieten ein Ausreiseverbot für Männer im wehrpflichtigen Alter in Kraft treten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Almuth Müller
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.